

Gendern: Macht Feminismus sichtbar!

Warum Sprachkritik aufs gesellschaftliche Ganze gehen muss

Koschka Linkerhand

Die Genderdebatte dreht sich um Fragen der Diversität und die Schönheit der Sprache. Was aber wenig diskutiert wird, wenn es um das richtige Gendern geht, ist das Geschlechterverhältnis.

Die feministische Sprachkritik begann in den 1970er-Jahren mit der Beobachtung, dass die patriarchale Höherstellung des Mannes sich auch in der Sprache niederschlägt. Die Linguistinnen Luise F. Pusch und Senta Trömel-Plötz wiesen das an der Ableitungslogik von Personenbezeichnungen nach: Die Grundform, etwa *der Leser*, bezeichnet den Mann, Frauen müssen sich durch das Anhängsel *-in* kennzeichnen. Beim generischen Maskulinum *die Leser* sollen sich Frauen mitgemeint fühlen, wogegen ein Mann verwundert bis verärgert reagieren kann, wenn man ihn mit der weiblichen Form als *liebe Leserin* anspricht. Er allein hat ein Recht auf sprachliche Repräsentanz – und versteht oft nicht, warum Feministinnen ein Problem mit dem angeblich so geschlechtsneutralen Sprachgebrauch haben, statt sich einfach mitgemeint zu fühlen.

Pusch und ihre Mitkämpferinnen verfochten das Binnen-I als Pluralform, die beide Geschlechter nennt. In den letzten Jahren wurde das Binnen-I vielerorts von Gendergap, Genderstern oder Doppelpunkt abgelöst. Häufig wird das als schlichte Erweiterung verstanden: Nicht nur (Cis-)Frauen sollen ausdrücklich gemeint sein, sondern auch Transfrauen, Transmänner sowie nicht-binäre, intersexuelle und genderfluide Personen. Hier liegt ein Missverständnis vor. Nicht einfach der Kreis der zu repräsentierenden Gruppen hat sich verändert, sondern das feministische Verständnis von Sprache.

Alles wird Sprache

Im Geist der Zweiten Frauenbewegung war feministische Sprachkritik Teil einer breit aufgestellten sozialen Bewegung gegen patriarchale Verhältnisse: gegen Gewalt an Frauen, für bessere Bildungsmöglichkeiten, für Gleichheit in der Ehe und auf dem Arbeitsmarkt und ganz grundsätzlich für eine Überwindung des Patriarchats.

In den 1990ern hat der *Linguistic Turn*, also die umfassende Hinwendung zur Sprache, nicht nur den frauenzentrierten Feminismus abgelöst, sondern auch die Einordnung von Sprache als einem Teil, einem Aspekt gesellschaftlicher Verhältnisse. Seither fallen in vielen Strömungen feministischer und linker Politik Sprache und Gesellschaft, Sprache und Diskriminierungsverhältnisse, ja Sprache und Existenz tendenziell in eins.

Feministische Politik wird zuallererst als Sprachpolitik verstanden, die nicht unbedingt mit der Analyse anderer Ursachen von Diskriminierung und gesellschaftlicher Strukturen verbunden werden muss. Kämpfe werden in erster Linie um die richtigen Bezeichnungen geführt – als könnten Wörter an sich homo- oder transfeindliche Missstände heraufbeschwören oder abschaffen.

So ist der Vorwurf des gewaltvollen Sprachgebrauchs inflationär geworden und wird kaum ins Verhältnis zur physischen oder psychischen Gewalt gesetzt, die Frauen, Mädchen, Homos und Transleute in der Familie, in Institutionen oder in der Öffentlichkeit erleben. Der *Linguistic Turn* birgt die Tendenz, soziale Fragen selbst in Sprachkritik aufzulösen. Daher rührt die Sorge, dass im Zuge der sprachlichen Vervielfältigung frauenpolitische Anliegen „entnannt“ werden und wieder in der Versenkung verschwinden.

Sprachlicher Formalismus

Der Fokus auf möglichst inklusive Schreibweisen beschränkt die Auseinandersetzung mit dem Geschlechterverhältnis häufig aufs Formale. Die Rede von Täter*innen sexueller Gewalt verbirgt, dass sexuelle Gewalt viel mit der zerstörerischen Seite von Männlichkeit im Patriarchat zu tun hat und daher meistens, wenn auch nicht ausschließlich von Cismännern ausgeübt wird. Auch in soziologischen Publikationen oder in der feministischen sozialen Arbeit ist es häufig ein drängenderes Anliegen, jede denkbare weibliche oder nichtbinäre Täter*in sprachlich sichtbar zu machen, als genau zu untersuchen, in welchem Ausmaß und auf welche geschlechtsspezifische Weise Männer, Frauen oder Nichtbinäre in unserer Gesellschaft Gewalt ausüben.

Wenn unter prügelnden Polizist*innen keine einzige Frau ist oder doch nur Männer auf einer Redner*innenliste stehen, zerreißt die Verbindung von sprachlicher Form und Inhalt. Im ersten Fall handelt es sich um eine irreführende Berichterstattung, im zweiten um eine entschiedenen unfeministische Einladungspolitik. Gendern, das nicht im Zusammenhang mit einer patriarchatskritischen Analyse und Haltung steht, erfüllt schnell die Funktion eines Feigenblatts. So gehört die Anrede *liebe Bürgerinnen und Bürger* oder *Genoss*innen* zum Repertoire von CDU-Politikern wie auch von linken Rhetorikern, die glauben, damit bezüglich Frauenrechten und Geschlechtergerechtigkeit Hinlängliches geleistet zu haben.

Gendern als Tünche

Die Trennung von Form und Inhalt, wie sie der *Linguistic Turn* radikalisiert hat, ist der Hinfuß jeder Sprachkritik, die konkrete formale Änderungen innerhalb der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse fordert. Persönlich habe ich das Gendern als Jugendliche in Tupperware-Broschüren kennengelernt, die im Kolleginnenkreis meiner Mutter kursierten und die Hausfrauenherzen der „lieben LeserInnen“ höherschlagen lassen sollten.

Formalisierte Sprachkritik stellt auch Journalist*innen und andere Autor*innen vor ein Paradox: Dem pragmatischen Bedürfnis nach guter Lesbarkeit und Barrierearmut zufolge soll so einheitlich und übersichtlich gendert werden, dass man möglichst nicht darüber stolpert. Die Lesenden sollen sich, ungestört vom Geschlechterverhältnis, auf den Inhalt konzentrieren können, während das Geschlechterverhältnis irgendwie doch berücksichtigt ist. Das Problem wird mit einer inklusiven Pluralform stillgestellt.

Sprache als Werkzeug

Im Kampf um eine geschlechtergerechte Welt ist die sprachliche Repräsentation von Frauen und Queers unverzichtbar. Nur ist damit erst ein bestimmter Teil der feministischen Arbeit getan. Gendern darf keine reine Formsache bleiben.

Über die richtigen Bezeichnungen hinaus bedarf es gut verständlicher Beschreibungen und streitbarer Thesen, die Klarheit über gemeinsame frauen- und queerpolitische Kämpfe bringen

könnten. Gendersensible Sprache sollte ein Ansporn sein, sich mit den Lebensrealitäten und Perspektiven, aber auch den Expertisen von Frauen, Lesben oder Transpersonen auseinanderzusetzen, indem man z. B. bewusst Frauen als Rednerinnen engagiert.

Ich plädiere dafür, die Forderung nach einer geschlechtergerechten Sprache als Unruhestifterin, als formalen *und* inhaltlichen Anspruch einzuordnen, wie wir feministisch sprechen und schreiben können in patriarchalen Verhältnissen, die es dringend umzugestalten gilt. Im Interesse einer welthaltigen Debatte sollten wir Wörter und Sätze als Werkzeuge zum Diskutieren, Erklären und Widersprechen nutzen – zur gemeinsamen Verständigung darüber, wie sich's den Verhältnissen am besten in die Suppe spucken lässt.